Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige Geschäftsstellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 85.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 4419

Nr. 80 — Donnerstag, den 3. April 1924 — 19. Jahrgang

Die Wirkung.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Der Widerhall, den das Münchener Urteil in der gesamten deutschen Oeffentlichkeit unmittelbar nach seinem Bekanntwerden gefunden hat, schlägt nun auch aus dem Auslande zurück und gibt ein deutliches, eindringliches Bild von den Rückschlüssen, die man in den politischen Kreisen der anderen Staaten aus dem Spruch des Münchener Volksgerichtes und aus der Stimmung zieht der dieser Spruch entsprungen ist. Wenn auch das Echo des Auslandes im Hinblick auf seine künftige Wirkung bedeutsamer ist, als die Kundgebungen aus den verschiedenen deutschen Parteilagern, so verlohnt es doch, sich auch diese näher anzusehen und im Gedächtnis zu behalten, denn sie sind für die Entwicklung, in deren Anfangsstadium die innerdeutschen Verhältnisse getreten sind, von symptomatischer Bedeutung.

Die Kommentare, mit denen die politische Presse aller Schattierungen, die Urteilsverkündung begleitet hat, sind inzwischen bekannt geworden. Sie spiegeln alle Tonarten und alle Stimmungen wider, vom begeisterten Jubel über den Freispruch, den Ludendorff erfahren hat, bis zur tiefsten Erschütterung über den Weg, auf den in München die Justiz getrieben worden ist und bis zu heller Empörung und rücksichtslosester Kampfansage der Parteien gegeneinander. Daß dabei auch innerhalb desselben Parteilagers recht verschiedene Auffassungen zutage treten konnten, beweist namentlich die Haltung der volksparteilichen Presse, aber auch in deutschnationalen Organen konnte man Dinge lesen, die sich nur schwer zusammenreimen lassen. Daß auch die Ironie nicht ganz um ihr Recht kommt, bezeugt die Aeußerung des „Vorwärts", der die Freisprechung Ludendorffs dahin kommentiert, das Gericht habe dem General damit sagen wollen: Du verstehst von diesen Dingen so wenig und bist so töricht und blind in sie hineingetappt, daß man dir das weiter nicht nachtragen möchte. Eine Auffassung, die doch wohl Ludendorff nicht ganz gerecht wird, denn man kann sehr gut ein schlechter Politiker und braucht deshalb noch lange kein harmloser Mensch zu sein.

Bedeutungsvoller, als der Spiegel der innerdeutschen Stimmungen bleibt aber, wie bereits gesagt, das Urteil des Auslandes, denn dieses Urteil zeigt nicht nur die Stimmung der einzelnen Nationen Deutschland gegenüber, sondern es wird auch für die praktische Betätigung ihrer Politik in der weiteren Entwicklung der internationalen Auseinandersetzungen ein sehr wesentlicher Faktor sein. Die Freisprechung Ludendorffs als Ergebnis des Prozesses hat wohl keinen der kritischen Beobachter überrascht, die von draußen her den Münchener Prozeß verfolgt und die Atmosphäre, in der er sich abspielte, analysiert haben. Und so ist es in den Kommentaren der ausländischen Presse auch viel weniger der Urteilsspruch selbst, als die Verhältnisse, unter denen er zustande gekommen ist, mit denen man sich kritisch beschäftigt.

In Frankreich findet die nationalistische Presse selbstverständlich volle Befriedigung an der Möglichkeit, ein „bedrohliches Anwachsen der nationalistischen Flut in Deutschland" feststellen zu können, und sie beschränkt sich keineswegs auf diese Feststellung, sondern versucht sie sofort auszumünzen, indem sie dem englischen Verbündeten das drohende Bild der anschwellenden deutschen Revanchegelüste vorhält. Dem „Matin" bleibt es vorbehalten, sich bis zu der Behauptung zu versteigen, die deutsche Regierung, insbesondere Reichsaußenminister Dr. Stresemann, habe dieses Urteil gewollt und vorbereitet. Stresemann, Stinnes und Ludendorff seien die Vertreter ein und derselben Richtung, und das deutsche Volk lasse sich bereitwillig in diese Richtung hineinsteuern. Die ganze Arbeit der Sachverständigen sei vergebens, denn sie gehe von falschen Voraussetzungen aus, von einem falschen Bilde Deutschlands, das in Wirklichkeit das Land Ludendorffs sei. Auf der anderen Seite wendet sich auch die französische Linkspresse mit großer Schärfe gegen das Urteil, auch sie mit der gleichen Verdächtigung, daß die verantwortlichen Leiter der Reichspolitik das Münchener Urteil begünstigt oder zum mindesten herbeigewünscht hätten, und daß sie auf diese Weise dem Imperialismus Poincarés die Waffen lieferten, mit denen er die englischen Bemühungen um einen Ausgleich zu Boden schlagen könne.

Auch in England hat das Münchener Urteil einen außerordentlich ungünstigen Eindruck gemacht, der sich in der Presse aller Parteien widerspiegelt. Die konservative „Morningpost", die an Ludendorff, als Soldat wie als Politiker, sehr scharfe Kritik übt, nennt das Prozeßverfahren ebenso lächerlich wie den Münchener Putsch selbst. Die Schuld des „Harlekins im Helm", schreibt „Daily News", sei offensichtlich gewesen, denn er selbst habe sie ganz offen und ohne Scheu zugestanden. Aber seine Richter wagten nicht, ihn zu verurteilen, ja sie wagten ihn nur zu verhören, und die Menge brach in einen wilden Beifall aus, als der Freispruch bekannt wurde. Diese Beifallrufe, so fährt das Blatt fort, können Deutschland teuer zu stehen kommen, noch bevor ihr letztes Echo verhallt ist. General Ludendorffs Ruf als Soldat sei fest begründet, und er werde wahrscheinlich noch steigen, wenn einmal die Geschichte des Krieges näher geprüft werde. Schlimm dagegen sei es um seinen Ludendorffs, Ruf als Politiker bestellt. Ihn den Genius seines unglücklichen Landes zu nennen, sei zu viel der Ehre. Denn Genius bedeute Fähigkeit zu einer bewußten Politik. Als Politiker aber besitze Ludendorff weder das Hirn, sich eine Politik zu bilden, noch das geringste Talent, eine solche durchzuführen. — Andere Zeitungen schlagen einen Ton an, den man kaum in deutschen Blättern finden würde. Wenn auch durchscheinend ist, daß hinter allen diesen Verurteilungen des Münchener Richterspruches noch etwas ganz anderes steht als Entrüstung über einen juristischen Mißgriff — das darf nicht unbeachtet gelassen werden, daß das Uebelwollen weiter Kreise des Auslandes durch das Münchener Urteil und seine weitere Wirkung sehr gestärkt worden sein dürfte.

Sorgeot über die Kriegsgefahr.

Das „Journal" meldet aus Paris: Die Kammerdebatte über die allgemeine Politik des neuen Kabinetts Poincare brachte einen scharfen Vorstoß des Abgeordneten Sorgeot von der republikanisch-sozialistischen Separation. Sorgeot sagte unter großer Unruhe des Hauses: Jedes Kabinett Poincare ist ein Vorbereitungskabinett für den nächsten Krieg. Wir sind ihm näher, als Kammer und Volk glauben. Wir wollen Deutschland zum Zahlen zwingen, aber nicht die Bündnisse mit unseren Verbündeten fortgesetzt erschüttern; denn die Verbündeten von heute können morgen unsere Gegner sein. Der Redner sprach sich gegen das Vertrauensvotum aus.

Eine Trauerfeier für einen in St. Martin de Ré verstorbenen Deutschen.

In Berlin fand für den in dem französischen Gefängnis St. Martin de Ree verstorbenen Willy Dreher eine erhebende Trauerfeier statt, zu der Jarres einen Kranz im Namen der Reichsregierung niederlegte und eine Rede hielt, in der er sagte, das deutsche Volk fordere an der Bahre dieses Mannes, daß die 140 000 Ausgewiesenen bald wieder in ihre Heimat zurückgelassen werden sollten. Dreher war von den Franzosen zum Tode verurteilt worden, welche Strafe dann zu lebenslänglicher Zwangsarbeit umgewandelt wurde. Dreher war, als er im Sommer des vergangenen Jahres verhaftet wurde, ein kräftiger Mann; als seine Eltern an sein Todeslager gerufen wurden, war er zum Skelett abgemagert. Wann wird endlich einmal auch der Deutsche nicht mehr vogelfrei sein?

Nach dem Abmarsch der an der Trauerfeier beteiligten Verbände kam es zu verschiedenen Schlägereien. Der Polizei gelang es ohne Mühe, die Ordnung wiederherzustellen.

Hitler, Weber, Kriebel nach Landsberg.

Hitler, Weber und Kriebel sind in einem Kraftwagen nach Landsberg am Lech zur Verbüßung ihrer Strafen gebracht worden. Jetzt sind auch die Stacheldrahtverhaue vor dem Regierungsgebäude in der Maximilianstraße, in welchem bisher Dr. von Kahr amtierte, verschwunden.

Lossow geht zu den Türken?

Ueber das Ermittelungsverfahren gegen Kahr, Lossow und Seißer werden Einzelheiten bekannt, die darauf hindeuten, daß das Verfahren in kurzer Zeit eingestellt werden wird. In Kreisen, die Lossow nahestehen, erhält sich hartnäckig das Gerücht, Lossow werde nicht nach Bayern zurückkehren, sondern habe sich der türkischen Armee verpflichtet.

Die Münchener vaterländischen Verbände schlagen Straferlaß für alle im Hitlerprozeß Verurteilten vor

Nach einer Blättermeldung aus München hat der Verband der vaterländischen Bezirksvereine München der Staatsregierung einen Antrag auf Straferlaß für die im Hitlerprozeß Verurteilten mit der Begründung unterbreitet, daß diese deutschen Männer aus reinem Idealismus und glühender Vaterlandsliebe gehandelt hätten. Nach den Münchener Neuesten Nachrichten sind die in den Bezirksvereinen ausgelegten Listen von vielen Tausenden unterzeichnet worden.

Dr. Schacht über die Golddiskontbank.

Die neue Bank schon in der nächsten Woche in Tätigkeit.

Zur Frage der Golddiskontbank erklärte Reichsbankpräsident Schacht einem Pressevertreter, daß diese Bank bereits im Laufe der nächsten Woche ihre Tätigkeit aufnehmen werde. Es sei nicht beabsichtigt für die Golddiskontbank einen besonders großen Apparat aufzuziehen. Sie werde auch räumlich im Gebäude der Reichsbank in Berlin untergebracht sein und organisch als eine Goldabteilung der Reichsbank funktionieren. Für das Beleihgeschäft ständen die in Aussicht genommenen Beträge und vor allem das eigene Kapital der Bank sofort zur Verfügung. Bei der Auswahl der Kreditoren werde vor allem darauf zu achten sein, daß das Institut in erster Linie gegründet wurde, um die Produktion der deutschen Wirtschaft zu fördern. Die bisher in der Oeffentlichkeit angestellten Mutmaßungen über den voraussichtlichen Zinssatz seien größtenteils unzutreffend. Wahrscheinlich würden die Kredite bei der Bank selbst mit 10 Prozent zu verzinsen sein, so daß der letzte Kreditnehmer nicht mehr als 12 Prozent zu zahlen hätte. In erster Linie würden jedenfalls diejenigen Industriellen Berücksichtigung finden, die ausländische Rohmaterialien usw. für den Export weiterverarbeiteten, da in diesem Falle das Hereinkommen neuer Devisen und damit auch die Zurückzahlung der Kredite am meisten gesichert erscheinen. Es sei zu hoffen, daß der sofortige Arbeitsbeginn der Bank günstig auf den inländischen Devisenmarkt zurückwirke und einen großen Teil der Wirtschaft die beruhigende Gewißheit geben werde, daß er die benötigten Einfuhrdevisen jederzeit bekommen könne. Hierdurch dürfte die jetzt infolge der scharfen Reparierungen eingetretene ängstliche Nervosität bald beseitigt werden. Dr. Schacht stellte dann noch fest, daß er in absehbarer Zeit nicht nach Paris zurückkehre, da die dortigen Beratungen zunächst abgeschlossen seien.

Die Micumverträge im Reichskohlenrat.

Am kommenden Freitag findet eine Sitzung des Reichskohlenrates statt. Es verlautet, daß dabei noch einmal die Frage der Belastung der Ruhrindustrie durch die Micumverträge wie auch die Forderungen der Bergarbeiter eingehend besprochen werden sollen.

Die deutsche Antwort über die Militärkontrolle.

Der deutsche Botschafter in Paris hat dem Präsidenten der Botschafterkonferenz mit Bezug auf dessen Note vom 5. März über die Frage der Wiederaufnahme der Tätigkeit der interalliierten Militärkontrollkommission eine Note überreicht, in der zunächst noch einmal die Darstellung der Note der Botschafterkonferenz skizziert wird, nach der Deutschland die Abrüstungen nicht vollständig durchgeführt habe. Die letzte Note der Botschafterkonferenz gestehe zu, daß man aus der Sackgasse herauskommen und die 5 Punkte der Note vom 29. September in Ordnung bringen müsse, zu welchem Zweck die Kontrolle wiederaufgenommen werden solle. Die deutsche Regierung gestattet sich den Gegenvorschlag, die Durchführung der beschränkten Aufgabe der Militärkontrolle von vornherein in die Hände eines anderen Organs zu legen, eines Organs, das Gewähr dafür bietet, daß sich die Militärkontrolle in dieser ihrer letzten Phase in einer Atmosphäre ruhiger Verhandlungen abspielt. Daß Deutschland, abgesehen von den 5 Punkten, im September 1922 auch nach der Ansicht der alliierten und assoziierten Regierungen mit wesentlichen Teilen des Abrüstungsaktes nicht mehr im Rückstand war, ergibt nach Auffassung der deutschen Regierung die Kollektivnote vom 29. September 1922. Tatsächlich ist ja auch beispielsweise von der englischen Regierung wiederholt positiv anerkannt worden, daß Deutschland, abgesehen von den fünf Punkten, seinen Abrüstungsverpflichtungen genügt, insbesondere seine Wehrmacht unter das zulässige Soll von 100 000 Mann reduziert und die Abgabe von Waffen und Munition in vollkommen zufriedenstellender Weise durchgeführt hat. Es ist verständlich, wenn die alliierten und assoziierten Mächte den Wunsch haben, die Frage, ob der deutsche Rüstungsstand heute noch derselbe ist, wie er sich im Sommer 1922 und mindestens auch noch im Frühjahr 1923 darstellte, einer Nachprüfung zuzuführen; aber man würde in die Rechte des Völkerbundes eingreifen, wenn man eine derartige Nachprüfung in die Hände des zur Kontrolle des Abrüstungscharakter berufenen Organs der alliierten und assoziierten Mächte legen würde, anstatt sie dem Völkerbund zu überlassen. Außerdem gehe es nicht an, einer Nation von Traditionen und von Gefühl für nationale Würde gegenüber für die Dauer alles auf die Formel „Befehl und Unterwerfung" zu bringen.

Die deutsche Abrüstung soll nach dem Vertrag von Versailles die Vorbedingung für die allgemeine Abrüstung darstellen. Die Frage der Aufrechterhaltung des durch die deutsche Abrüstung geschaffenen Zustandes gehört daher bereits in den Rahmen der allgemeinen Abrüstung hinein und kann nicht getrennt von ihr werden. Deshalb kann diese Frage schlechterdings nur von der-